



Körtestr. 10
10967 Berlin
Telefon: 030/698 07 40
Telefax: 030/693 81 66
E-Mail ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

Vorstand

Dr. Sabine Farrouh
Susanne Grabenhorst
Matthias Jochheim
Christoph Krämer
Dr. Martin Sonnabend
Reinhold Thiel
Ursula Völker
Dr. Jens Wagner
International Councillor
Dr. Helmut Lohrer
Deputy International Councillor
Dr. Eva-Maria Schwienhorst
Ehrenvorstandsmitglieder
Prof. Dr. Ulrich Gottstein
Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Jan van Aken
Prof. Dr. Andreas Buro
Dr. Dieter Deiseroth
Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Dürr
Dr. Heinz Loquai
Prof. Dr. Götz Neuneck
Prof. Dr. Norman Paech
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake
Prof. Dr. Otmar Wassermann



Bundesminister für Gesundheit
Daniel Bahr
Bundesministerium für Gesundheit
Rochusstr. 1

53123 Bonn

Berlin, den 20. Mai 2011

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Minister Bahr,

der Vorstand der IPPNW gratuliert Ihnen zur Übernahme des Ministeramts im Gesundheitsressort. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass Sie ihrer kritischen Einstellung gegenüber der elektronischen Gesundheitskarte treu bleiben.

Im Bündnis „Stoppt die e-Card“ hat die IPPNW an der Pressekonferenz teilgenommen, in der Sie am 23.04.2009 feststellten, das Gesundheitsministerium verstoße gegen die eigene Verordnung, wenn die 100.000er Tests nicht vor dem Rollout durchgeführt würden. „Es geht hier um die sensibelsten Daten der Patienten überhaupt. Da darf kein Missbrauch mit getrieben werden“ fügten Sie hinzu. Ein Problem seien auch die freiwilligen Anwendungen der Karte. Die Regierung habe nicht einmal überhaupt dargelegt, dass sich das Projekt rechnen, aber es sei abzusehen, dass dies nur über die so genannten Mehrwertdienste gelingen könne. „Sollten die Bürger sie nicht nutzen, könnte politischer Druck entstehen, sie verpflichtend zu machen.“ Als es in den Testregionen zu Problemen mit der PIN-Eingabe gekommen sei, habe es sofort die Forderung aus dem Ministerium gegeben, auf die PINs zu verzichten, warnten Sie.

Als Ärzte in sozialer Verantwortung fordern wir Sie auf, das Projekt E-Card zu stoppen, denn die Möglichkeit der Übertragung persönlichster Krankheitsdaten in bundesweite Servernetze missachtet die Schweigepflicht der Ärzte, hebt die informationelle Selbstbestimmung der Versicherten auf und konterkariert die vom Gesetzgeber bestimmten Ziele:

- Auf diese Weise verbesserte Transparenz führt zu „gläsernen Patienten und gläsernen Ärzten“ .
- Statt Qualitätssteigerung der Versorgung frisst die Karte Zeit und Geld und ist auch mit den elektronischen Notfalldaten in jeder realen Notsituation nicht zuverlässig verwendbar

Sie wissen, dass die Tests gescheitert sind. Wie begründen Sie heute den Widerspruch, trotzdem mit Zwangsmaßnahmen gegen die Kassen und mit Desinformationen der Ärzte die Karte und online-Lesegeräte einzuführen?

Sie wissen auch, dass keine Macht der Welt so große Datenmassen im Internet dauerhaft schützen kann und Datenskandale an der Tagesordnung sind. Deshalb haben 750.000 Bürger die Initiative „Stoppt die e-Card“ unterschrieben.

Bitte setzen Sie sich für das Interesse der Patienten und des medizinischen Personals ein, damit die Ausgaben - bis zu 14 Milliarden Euro - aus Versicherungsbeiträgen nicht zu Profiten der IT-Industrie und von Mehrwertdiensten, sondern für gute medizinische Versorgung verwendet werden.

Wir appellieren an Sie, sich für ein soziales und an Menschenrechten orientiertes Gesundheitswesen so einzusetzen, dass Profitinteressen dabei sekundär bleiben.

Mit freundlichen hochachtungsvollen Grüßen



Matthias Jochheim
Vorsitzender

